

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/217

Bonn, den 14. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Auf dem Weg zur "Tagungsdemokratie"?</u> Wer Zeit hat, redet über Probleme derjenigen, die keine Zeit haben Von Dr. Ulrich Lehmar	68
2	<u>Ein unguter Beschluß</u> Berlin-Hilfe auf dem Wege über den Kapitalmarkt?	17
3	<u>"Gesundheitsrakete" vor dem Start ?</u> Frankreich gibt ein gutes Beispiel. Ein halbes Prozent des Militärbudgets für Krebsbekämpfung Von Hermann Bortfeldt	52
4	<u>Südafrika - Schule der Gewalt</u> Vorbereitung zum Rassenkrieg Von Bruno Kuster, Genf	51
5 - 6	<u>Jugoslawiens Kontakte mit dem Ostblock</u> Zurückhaltung gegenüber Ulbricht Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	67

Chefredakteur Günter Markscheffel

Auf dem Weg zur "Tagungsdemokratie"?

Wer Zeit hat, redet über Probleme derjenigen, die keine Zeit haben

Von Dr. Ulrich Lehmar, MdB

In der Bundesrepublik gibt es viele Akademien, Volkshochschulen und andere Institutionen der Erwachsenenbildung. Wir kennen viele Vereinigungen, die Vorträge oder Podiumsgespräche arrangieren. Alle diese Bemühungen kann man unter dem Stichwort "staatsbürgerliche Bildung" zusammenfassen. Der Staat fördert solche Bestrebungen durch finanzielle Beihilfen, Unternehmer und Gewerkschaften tun ein Übriges, und die Kirchen haben ebenfalls seit langem diesen Weg in die öffentliche Meinungsbildung eingeschlagen.

Das äußere Bild dieser staatsbürgerlichen Bildungsarbeit ist ein-drucksvoll. Aber entspricht die Wirkung auch dem Ausmaß der Bemühungen? Einige Erfahrungen, die zunehmend deutlicher werden, sollten uns dazu veranlassen, Inhalt und Methoden dieser staatsbürgerlichen Bildungsarbeit einmal zu überdenken. Wer hin und wieder zu Tagungen fährt, trifft dort meist bekannte Gesichter. "Ach, Sie sind auch hier?", so erinnert man sich an ein Zusammentreffen vor oft nicht allzu langer Zeit. Kurz gesagt: die Zahl der Menschen, die zu Tagungen fahren können und das zugleich k ö n n e n, ist begrenzt. Dieser Kreis ist deshalb verhältnismäßig exklusiv, weil der normale Arbeitnehmer, aber auch viele Angestellte, Bauern, Unternehmer oder Hausfrauen davon ausgeschlossen bleiben; sie können keinen Urlaub für solche Zwecke erhalten oder im freien Beruf keine Zeit dafür erübrigen.

* Die Folge dieser Tatsache ist, daß die Tagungsdeutschen "unter
* sich" bleiben. Diejenigen, die Zeit haben, reden über die Pro-
* bleme derjenigen, die keine Zeit dafür finden, sich an solcher
* Gesprächen zu beteiligen.

* Dem könnte nur durch ein Gesetz über den Bildungsurlaub abge-
* holfen werden, das insbesondere jungen Menschen die Möglichkeit
* geben müßte, mindestens 14 Tage im Jahr sich in einer ihr Ur-
* teilsvermögen präzisierender Weise an Tagungen oder Seminaren
* mit einer möglichst sachbezogenen Themenstellung im Rahmen der
* staatsbürgerlichen Bildungsarbeit zu beteiligen. Entschließen
* wir uns zu einem solchen Gesetz nicht, dann werden wir die "In-
* zucht" der Tagungsdeutschen in Kauf nehmen müssen.

Aber dies ist nicht die einzige Erfahrung, die nachdenklich stutzt. Es wird zunehmend schwieriger, qualifizierte und zugleich weithin be-kannte Referenten für Tagungen oder zu Vorträgen zu gewinnen. Die Men-schen werden heute, sofern sie das überhaupt wollen, über den Bild-schirm mit den allgemeinen Problemen der Politik und des Staates in Be-rührung gebracht. Wenn sie sich daneben schon entschließen, ihre vier Wände für einen Abend zu verlassen, um einen Vortrag zu besuchen, dann muß es ein ganz großer Name sein, der sich mit dem angekündigten Redner verbindet. Solche "Zugpferde" sind aber sehr selten, und sie sind wie-darum so überfordert, daß sie nur einen kleinen Bruchteil der Einladun-gen zu Vorträgen aller Art annehmen können.

Hier ist Wandel nur zu schaffen, wenn wir uns wieder angewöhnen, das uns interessierende Sachthema eines Vortrages oder einer Tagung zum Anlaß unserer Teilnahme zu nehmen, nicht aber den großen Namen des einen oder anderen Redners.

Schließlich haben viele zur Mitarbeit im öffentlichen Leben bereite Menschen die Freude an Tagungen und Vorträgen aus einem anderen Grunde verloren. Sie sehen nicht recht, zu welchen greifbaren Ergebnissen ihr Mitwirken in der Diskussion führen könnte.

Demit ist die ernsteste Sorge bezeichnet, die sich aus den Erfahrungen in der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit aufdrängt. Unseren Möglichkeiten in der Information und Diskussion entsprechen nicht die Chancen der Mitwirkung an der Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Lebens. Auch die Politik im weitesten Sinne ist zu einer Sache der "Profis" geworden. Die Amateure haben, wie überall, kaum mehr als die Möglichkeit, Hinweise und Anregungen aufzunehmen oder allenfalls "nach oben" zu vermitteln.

Wir werden uns überlegen müssen, wie mehr Möglichkeiten für eine qualifizierte Mitwirkung urteilsfähiger und interessierter, vor allem junger Staatsbürger geschaffen werden können. Es ist nicht ungefährlich, den Tatendrang meinungsbildender Minderheiten in einem demokratischen Sandkastenspiel versickern zu lassen. Am Ende eines solchen Weges stünde die innere Rebellion oder die Resignation.

+ + +

Ein unguter Beschluß

Berlin-Hilfe auf dem Wege über den Kapitalmarkt ?

sg - Berlin fehlen zur Erfüllung geplanter Vorhaben wie Erweiterung des U-Bahnnetzes und Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus rund 130 Millionen DM. Bisher war es guter Brauch, die Berlin gewährte Bundeshilfe aus den Mitteln des Bundeshaushalts zu finanzieren. Das hatte seine guten Gründe. In der Haltung zu Berlin bekundet sich der Selbstbehauptungswille des deutschen Volkes, findet unlösbare Verbundenheit ihren sichtbaren, die Welt beeindruckenden Niederschlag.

Nun soll zum ersten Male die Deckung eines Teils des Nachholbedarfs auf den Kapitalmarkt erfolgen. So lautet eine Entscheidung des Bundeskabinetts. Diese politisch nicht zu rechtfertigende Entscheidung bedarf der Revision. Sie beweist mangelndes Fingerspitzengefühl und läßt eine Kluft zwischen großen Worten und tatsächlicher Haltung erkennen. Wenn sich schon das Kabinett nur von fiskalischen Gesichtspunkten leiten läßt, dann muß es vom Bundestag belehrt werden, daß hier politische Prioritäten zu gelten haben. Den Berlinern und den deutschen Volk ist das Kabinett die Zurückziehung seiner Entscheidung schuldig.

+ + +

"Gesundheitsrakete" vor dem Start ?

Frankreich gibt ein gutes Beispiel

Bdt. - Soeben hat der französische Staatspräsident General de Gaulle erklärt, er betrachte es als wünschenswert, daß Frankreich "sich für die Anregung interessiere, die eine Gruppe französischer Persönlichkeiten den vier Großen (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) unterbreitet habe, nämlich ihr Militärbudget um ein halbes Prozent zu reduzieren und die freigewordene Summe dem Kampf gegen den Krebs zu widmen".

Frankreich gibt auf diese Weise ein hervorragendes Beispiel für rasche Reaktion. Es beweist zweitens beispielhaft Verständnis für eine Aufgabe, an deren Lösung das Schicksal von Hunderttausenden hängt und die nur noch von Ignoranten, nicht als politische Aufgabe empfunden wird.

Vor einer knappen Woche erst hatten französische Wissenschaftler und Schriftsteller den vier Mächten einen Appell zur Gründung und Finanzierung eines "Internationalen Instituts für biologische Forschung" unterbreitet. (Der Architekt Le Corbusier, der Schriftsteller François Mauriac und der Naturwissenschaftler Jean Rostand gehörten zu den Unterzeichnern). Im ersten Satz des Aufrufs der Gelehrten ist von einer "universellen Strategie für das Leben" die Rede. Dann folgt ein Satz, der auch in Deutschland schon einige Male fast wörtlich genau so ausgesprochen worden ist, nämlich von führenden sozialdemokratischen Politikern: "Es geht darum, alles ans Werk zu setzen, um die Mobilisierung gegen eins der größten Übel vorzunehmen, die jemals auf der Menschheit lasten: den Krebs!"

Trotz gewisser therapeutischer Fortschritte wird es keinen entscheidenden Sieg über den Krebs geben, solange nicht genau bekannt ist, wie er eigentlich entsteht. Willy Brandt hat erst kürzlich wieder darauf hingewiesen, es gelte, die "Gesundheitsrakete" hochzujagen, weil vor der Eroberung fremder Planeten erst einmal hier auf Erden einer der schlimmsten Feinde der Menschheit besiegt werden müsse.

Die Unterzeichner des französischen Aufrufs sind der Auffassung, daß "diese geringfügige Herabsetzung des militärischen Budgets der Großmächte es erlauben würde, eine internationale Einrichtung unter der Kontrolle der Vereinten Nationen und der international anerkannten Krebswissenschaftler zu gründen". Das Gleichgewicht der Mächte wäre davon nicht berührt, aber die so ersparte Summe würde es erlauben, die Zahl der Laboratorien, der Forscher und der Experimente mit tausend zu multiplizieren!

Präsident de Gaulle hat diesen Persönlichkeiten Recht gegeben und seinen Gesundheitsminister beauftragt, "alle notwendigen Initiativen zu ergreifen". Er hat den Unterzeichnern des Aufrufs mitgeteilt: "Es scheint mir in der Traditionen Frankreichs übereinzustimmen, daß es sich an einem Werk beteiligt, welches seiner Bedeutung in dreifacher Weise entspricht: der Zusammenarbeit zwischen den Völkern, dem Fortschritt der menschlichen Lebensbedingungen und der Weiterentwicklung der Wissenschaften."

Der französische Gesundheitsminister Marcellin hat sich an seine amerikanischen, sowjetischen, britischen, italienischen und deutschen Kollegen gewandt und ihnen mitgeteilt, daß er "mit höchster Aufmerksamkeit" ihre Meinung zu den von de Gaulle akzeptierten Vorschlägen der Persönlichkeiten des französischen öffentlichen Lebens erwarte. Auch wir sind gespannt, besonders auf die Reaktion des deutschen Gesundheitsministers.

Südafrika - Schule der Gewalt

Vorbereitung zum Rassenkrieg

Von Bruno Kuster, Genf

Die südafrikanische Regierung hat einen ernsten Rückschlag erlitten. Der Oberste Gerichtshof weigerte sich, auf die von der Staatsanwaltschaft gegen elf Nationalisten zusammengestellte Anklage einzugehen. Die Angeklagten wurden aber nicht freigelassen, sondern unverzüglich erneut in Haft genommen. Der sensationelle Schritt des Obersten Gerichtshofes hat zwar das in Südafrika herrschende Regime des Unrechts grell beleuchtet, aber nicht gebrochen.

Die Methoden des gewaltlosen Widerstandes fanden seinerzeit erstmals in Südafrika Anwendung. Der noch junge Gandhi übertrug sie dann auf Indien und führte sie zu einem beispiellosen Triumph. Noch vor wenigen Jahren setzte sich auch in Südafrika die schwarze und farbige Bevölkerung aus Tradition und Überzeugung nur gewaltlos für die Anerkennung ihrer Menschenrechte ein. Doch die unerbittliche Unterdrückung jeder oppositionellen Regung scheint zu einem folgenschweren Umschwung geführt zu haben. Weiße und schwarze Gegner der Apartheid sehen keine gesetzliche Möglichkeit mehr, sich dieser Politik zu widersetzen. Sie gehen ins Ausland oder organisieren den geheimen Widerstand. Aus der Wiege der Gewaltlosigkeit wurde Südafrika unter der Regierung Verwoerd zur Schule der Gewalt. Eine kürzliche Umfrage der South African Institute of Race Relations ergab, daß heute die Mehrheit der Befragten bereit ist, die politische Auseinandersetzung mit gewalttätigen Mitteln zu führen. Im verlaufe der letzten zwei Jahre haben die wichtigsten afrikanischen Organisationen erklärt, daß die Zuflucht zur Gewalt unvermeidlich geworden sei, um die gegenwärtigen Zustände zu ändern. Seit 1960 sind verschiedene geheime Organisationen entstanden, die zielbewußt zu Sabotage und Terror schreiten.

Vervielfachung der Militärausgaben

Anstatt in letzter Stunde nach einer Lösung des Konfliktes zu suchen, verwendet die Regierung ihre ganze Energie auf die Stärkung ihrer militärischen Macht. In drei Jahren wurden die Rüstungsausgaben fast vervierfacht. Die Aufwendungen für die Polizei rähmen um ein Drittel zu. Heute übersteigen die Militärausgaben bei weitem das höchste Jahresbudget während des zweiten Weltkrieges, als südafrikanische Streitkräfte an vielen Fronten eingesetzt waren. Der Mannschaftsbestand des stehenden Heeres wurde in drei Jahren von 10 000 auf 15 000 gebracht. In der aus Freiwilligen bestehenden Miliz stehen 40 000 Mann zur Verfügung. Die Polizei umfaßt 30 000 Mann, ferner 15 000 Reservisten. Ende 1964 sollen insgesamt 140 000 Mann einsatzbereit sein.

Abgesehen von ausgedehnten Waffenkäufen im Ausland hat Südafrika die eigene Herstellung von Munition und Waffen aller Art verstärkt. In vier Jahren stiegen die Aufwendungen für die nationale Munitionsfabrikation auf das Siebenfache. Die Herstellung automatischer Waffen soll nächstes Jahr aufgenommen werden. Tränengas und andere Gas-Arten zur Bekämpfung von Aufständischen werden nun ebenfalls im Lande selbst erzeugt, um den "Friedensbedarf" decken zu können. Die Regierung beabsichtigt schließlich, die Herstellung von Raketen mit klassischen Sprengköpfen in die Hand zu nehmen.

Der Aufbau dieser für den inneren Gebrauch bestimmten Machtmittel beweist, daß die südafrikanische Regierung selbst nicht an die Gerechtigkeit ihrer Sache glaubt.

Jugoslawiens Kontakte mit dem Ostblock

Zurückhaltung gegenüber Ulbricht

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Während der jugoslawische Staatspräsident Tito in der westlichen Hemisphäre, für die Politik der friedlichen Koexistenz warb, haben die Belgrader Kontakte zu den kommunistischen Staaten Osteuropas auf sehr verschiedenen Ebenen eine außerordentliche Intensität erreicht. Seit Chruschtschow mit seiner Reise nach Jugoslawien das Signal gegeben hatte, ist kaum ein Tag vergangen, an dem nicht irgendeine Delegation eines Ostblockstaates oder eine jugoslawische Delegation in einem kommunistischen Lande weilte. Die gegenseitigen Besuche und Kontakte sind so vielfältig geworden, daß es fast schwerfällt, sie alle sorgfältig zu registrieren.

Noch schwieriger ist es aber, den wahren Gehalt und die tatsächliche politische Bedeutung dieser Kontakte zu beurteilen. Sehr viele Begegnungen scheinen sich jedoch in rein formalen Höflichkeitsbegegnungen zu erschöpfen, deren einziger konkreter Sinn noch darin gesehen werden kann, daß damit der "sozialistische Charakter" Jugoslawiens zum wiederholten Male bestätigt wird. Was die quantitative Häufigkeit von Kontakten betrifft, so stehen die Sowjetunion, Ungarn und Polen an der Spitze. Daß gerade Polen und Ungarn neben Moskau ihre Beziehungen zu Belgrad am sichtbarsten intensiviert haben, entspricht nur der innenpolitisch-ideologischen Ähnlichkeit dieser Länder mit Jugoslawien. Kein Wunder, wenn die gegenseitigen Kontakte in den Begegnungen Tito-Kadar und einem die für nächstes Jahr zu erwartende Titoreise nach Polen vorbereitenden Besuch des jugoslawischen Außenministers Popovic bei seinem Warschauer Kollegen Rapacki, auch qualitativ ihre höchste Stufe erreicht haben.

Prag und Belgrad

Überraschender als diese, als normal zu bezeichnende Entwicklung, sind die in letzter Zeit immer dichter werdenden tschechoslowakisch-jugoslawischen Kontakte. Hat doch Prag entsprechend dem Grade seines dogmatischen Klimas am längsten und heftigsten den jugoslawischen Revisionismus angegriffen. Die im Kielwasser der Chruschtschowschen Politik betriebene Wiederversöhnung hat dabei zweifellos zwei Voraussetzungen. Einerseits ist sie ermöglicht durch die in der Tschechoslowakei

selbst erfolgten innenpolitischen Veränderungen (Absetzung Sirakys), andererseits scheint sie jedoch gefördert, durch die Bemühungen Staatspräsident Novotny's, sich mittels Jugoslawiens ein "liberales Alibi" zu verschaffen. Ist es auch nicht leicht, in allen Einzelheiten die in Belgrad verbreiteten Behauptungen auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen, wonach sich Novotny eifrig um ein Treffen mit Tito bemüht, das Belgrad wiederum nicht ohne weiteres gewähren möchte, spricht doch vieles für solche Gerüchte. Die gleichfalls bevorstehende Reise des jugoslawischen Außenministers Koca Popovic's in die Tschechoslowakei wird eine Antwort geben, ob Belgrad in dieser Frage nachzugeben gewillt ist und damit etwas für das politische Überleben Novotny's zu tun gedenkt.

Prüfstein

Recht spät dürfte schon in den nächsten Tagen der langsam verlaufende Normalisierungsprozeß mit Rumänien seinen Höhepunkt erreichen. Der rumänische Staatspräsident Gheorghe Gheorghiu-Dej wird zu einem offiziellen Besuch in Jugoslawien erwartet. Diese Begegnung dürfte in vieler Hinsicht politisch interessanter sein, als die Kontakte Jugoslawiens zu den anderen osteuropäischen Staaten. Gheorghiu-Dej's Aufenthalt in Jugoslawien könnte zu einem Prüfstein werden für die künftige Entwicklung dieses Landes, das sich in letzter Zeit zwar um eine weitgehende wirtschaftspolitische Unabhängigkeit von Moskau bemüht hat, andererseits jedoch gegenüber Belgrad, das als Symbol solcher verwirklichter Aspirationen gelten kann, stets eine sehr kühle Haltung eingenommen hat.

Neben diesen bunten Fächer verschiedenartiger Kontakte fällt Belgrads Zurückhaltung gegenüber Ost-Berlin auf. Mögen hierfür auch bis zu einem gewissen Ausmaße ideologische Gründe eine Rolle spielen, dürfte die letzte Erklärung für diesen Zustand in der außenpolitischen Vorsicht Jugoslawiens zu suchen sein. Offensichtlich ist Belgrad nicht allzu viel daran gelegen, die Welt an den Fehler zu erinnern, den es 1957 mit der diplomatischen Anerkennung der DDR begangen hat. Wenn nicht alles täuscht, dürften die jugoslawischen Kontakte zu den kommunistischen Ländern des Ostblocks trotz der generellen Wiederversöhnung noch einige Zeit erheblich differenziert bleiben.